

Parlamentarischer Vorstoss

2024/135

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Präventionsangebote im Bereich der mentalen Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen
Urheber/in:	Patricia Doka-Bräutigam
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	7. März 2024
Dringlichkeit:	—

Die psychische Gesundheit unserer Gesellschaft leidet. Besonders alarmierend sind aktuelle Zahlen und Trends bei jungen Menschen, im Speziellen bei jungen Frauen, wie die Gesundheitsbefragung 2022 des Bundesamt für Statistik deutlich zeigt (vgl. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheit/erhebungen/sgb.assetdetail.28625365.html>). Der Anteil psychisch belasteter jungen Personen hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt, Suizidversuche nahmen stark zu. Eine Verbesserung seither ist nicht ersichtlich. Dass Kinder und Jugendliche in der Schweiz durch die Pandemie auch heute noch stark belastet sind, ist wissenschaftlich umfassend belegt. Auch die anhaltende politische unsichere Grosswetterlage (Ukraine-Krieg, Nahostkrieg, Klimakrise usw.) löst zusätzliche Ängste aus.

In Zürich hat sich das Parlamente kürzlich einstimmig für eine Initiative ausgesprochen, die die psychische Gesundheit Jugendlicher stärker fördern will. Der Fokus bei dieser soll auf der Prävention liegen.

Es liegt auf der Hand, dass stärkere Prävention im Bereich der mentalen Gesundheit lohnend, effektiv und günstiger ist als Reaktion und Behandlungen. Mit Blick auf die steigenden Gesundheitskosten ist dies bedeutend. Insbesondere für alle leicht zugängliche und ausreichend bekannte Beratungsangebote sind essenziell in der Prävention. Vielen Jugendlichen und ihren Angehörigen kann viel Leid erspart bleiben, wenn sie rasch auf professionelle, niederschwellige Beratungsangebote wie das 147 von Pro Juventute Beratung zurückgreifen können. Diese vorgelagerten Anlaufstellen übernehmen eine zentrale Funktion für Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene bei der Bewältigung der Multikrise.

Es bestehen aber Probleme bei der Sicherstellung dieser Angebote. Die Konsultationen von Hilfstelefonen erreichen Rekordzahlen, doch finanzielle Mittel und Fachpersonal fehlen (vgl. <https://www.projuventute.ch/de/stiftung/aktuelles/medienmitteilungen/147-von-pro-juventute-beratungsnachfrage-wegen-multikrise-auf>). Diese Stellen melden, dass sie mit ihrer Kapazität am Anschlag sind. Die Beratungsstellen müssen zudem vermehrt Betroffene über längere Zeit auffangen, weil die Wartezeiten für Plätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie länger werden. Es wird

Jahre dauern, um die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung für Kinder und Jugendliche zu verbessern.

Finanziert wird der Betrieb und die Bekanntmachung von Anlauf- und Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene grossmehrheitlich durch private Spenden, Zuwendungen von Unternehmenspartnern und öffentliche Gelder. Oftmals wird eine längerfristige Planungssicherheit aufgrund kurzer Leistungsvereinbarungen erschwert.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zum Beitrag des Kantons Baselland im Bereich Präventionsmassnahmen und -angebote zu beantworten:

- 1. Welche Präventionsmassnahmen und Beratungsangebote im Bereich psychische Gesundheit für Kinder und Jugendliche bietet der Kanton selber an?**
 - a. Wie ausgelastet sind diese?**
 - b. Wie hoch sind die Ausgaben dafür?**
- 2. Welche Präventionsmassnahmen und Beratungsangebote im Bereich psychische Gesundheit für Kinder und Jugendliche von Drittanbietern finanziert der Kanton BL mit?**
 - a. Wie hoch sind die Mittel pro Angebot?**
 - b. In welchem Rahmen (Leistungsauftrag o.Ä.) und Zeithorizont sind diese durch BL mitfinanziert?**